

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindenseite 3
Telefon: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 9-11 Ubr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindenseite 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mit Waffen und Gummiknüppel.

Nationalistischer Empfang Hindenburgs.

Amlich wird gemeldet:
Verschiedene Vereine sollen die Absicht haben, zu der Spalierbildung am 11. Mai bei der Einfahrt des neugewählten Reichspräsidenten Waffen mitzubringen. Der stellvertretende Polizeipräsident hat mit Rücksicht auf die dadurch herausbeschworenen Gefahren für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit die Anweisung gegeben, daß Vereine oder Verbände, bei denen Mitglieder mit Waffen irgendwelcher Art offen oder versteckt sich einfänden, sofort von der Beteiligung ausgeschlossen werden müssen.

Das Verbot des Polizeipräsidenten ist selbstverständlich. Daß es überhaupt notwendig ist, beleuchtet grell die Situation. Die Vorbereitungen der sogenannten Vaterländischen Verbände zum Empfang Hindenburgs tragen durchaus militärischen Charakter, nach Art der faschistischen Demonstration in Italien. Damit wird dem Amtsantritt Hindenburgs, der in jeder seiner Kundgebungen betont, ein Friedenspräsident zu sein, ein äußerst Geprägtes versehen, das zu den Richtlinien des neuen Präsidenten in absolutem Gegensatz steht.

Begrüßung mit — Gummiknüppel!

„Vaterländische“ beim Hindenburg-Empfang.

Die „Voss. Zeitung“ ist in der Lage, das folgende interessante Schriftstück zu veröffentlichen:

Abt. Hallesches Tor. Versammlung: Donnerstag, den 14. Mai, ab 8 Uhr, bei Rolle, Belle-Alliance-Platz 7/8. Vorschlag zur Wahl des gesamten Vorstandes. Versicherung und Bekanntgabe der Beschlüsse des V. S.

Einholung Hindenburgs

am Montag, dem 11. Mai. Die Mitglieder des „V. S.“ sammeln sich nachmittags 4 Uhr am Bahnhof Charlottenburg gegenüber dem Ausgang Kaiser-Friedrich-Strasse.

Abzeichen offen tragen. Kleidung: Kein Zylinder, „V. S.“-Hut, sonst Hut und Mantel möglichst dunkel. Keine Stöcke mitbringen, sondern

Gummiknüppel einstecken.

Bezirkweise sammeln und Mitglieder zusammenhalten. Strengste Disziplin halten; auf dem Marsch und im Spalier nicht rauchen. Im Zuge dürfen nur Mitglieder gehen. Es ist selbstverständlich Ehrenpflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen, um so mehr, als Betriebe und Bureaus am Nachmittag geschlossen sein dürften. Nachzügler sammeln sich bis 4 Uhr 45 an gleicher Stelle. Alsdann Durchkommen nicht mehr möglich. Strafen gesperrt.

Ich bitte alles aufzubieten, damit der „V. S.“ stark vertreten ist. Mit treudeutschem Gruß R. o. h.

Daß der neue Reichspräsident von Thälmanns Gnaden ausgerechnet mit einem Wald von Gummiknüppeln begrüßt werden soll, ist ein Bild der Weltgeschichte, besonders da es „gut vaterländische“ Gummiknüppel sind, die da geschwungen werden sollen.

„V. S.“ klingt übrigens ein bißchen abenteuerlich. Die „Voss. Ztg.“ vermutet, daß hinter diesem Buchstabenrätsel der

feinerzeit aufgelöste „Berliner Selbstschutz“, die frühere Einwohnerwehr steckt. Da aber das Blatt der Klasse die Liste der — doch wohl sämtlich gummiknüppelbewehrten — Begrüßungsvereine schon veröffentlicht hat, kann man ohne Scharfsinn feststellen, daß es sich um die Firma „Bezirks-schutz“ handelt.

Alles muß seine Ordnung haben! Da die schöne Sitte der kleinstädtischen Schützengilden in Berlin nicht mehr recht heimisch werden will und da mit verrosteten Vorderladergewehren kein Staat mehr gemacht werden kann, so muß der Gummiknüppel herhalten, falls plötzlich das Kommando ertönen sollte: „Präsentiert das — Gewehr!“

Dies Vergnügen . . .!

Farbe und Lack.

Begleitmusik zur Wahl Hindenburgs.

Das Zentralblatt der deutschen Farben- und Lackindustrie „Farbe und Lack“ veröffentlicht zur Wahl Hindenburgs einen Artikel, dem es das Motto voransetzt „Nachdruck verboten“. Dieser Scheu vor der breiteren Öffentlichkeit liegt eine ganz falsche Bescheidenheit zugrunde. Der Artikel verdient durch Maueranschlag verbreitet zu werden. Er ist ein Dokument für die Bestimmung derer, die noch am lautesten nach der „Reinigung“ des öffentlichen Lebens schreien und dabei selbst nur — sagen wir einmal mit Lack und Farbe umzugehen verstehen.

Der Artikel beginnt: „Wenn ein Volk nach sieben Jahren des Leides, der inneren Zerrissenheit und unter der sich im Schutze einer sozialistisch versuchten Regierung immer wieder hervorwagenden Rasseneträger endlich aufwacht, um durch die zu lange türkisch verhinderte Wahl seines Reichspräsidenten den wahren Kern seiner Volksseele offenbart, so bedeutet das eine Wende.“ Die Sozialdemokratische Partei ist seit anderthalb Jahren nicht mehr in der Reichsregierung vertreten. Seit Monaten wird das Reich von einer Rechtsregierung regiert. Auf sie fällt also der Vorwurf, sie sei sozialistisch verfeucht und sie begünstige Massenbetrügerei. Hugo Stinnes war es, der sich feinerzeit am energischsten gegen die Wahl des Reichspräsidenten gemandt hat. Ihm wird vom Zentralblatt der Farbenindustriellen der Vorwurf der Lüge gemacht. Eine nette Leistung für ein Industriellenorgan!

Nach diesen Leistungen steht es nicht mehr im Erstaunen, wenn die „Träger der neuen Staatsrichtung“ Schmiergeldschonkner, Schieberminister und Botschaftshelfer der Regierung genannt werden. Damit ist das Schimpfregister des Blattes aber keineswegs erschöpft. Es spricht von einer Regierung, an deren Krippe Budiker sitzen, von einem Geschmeiß der Stellenjäger, Kriegsgesellschaftsfunktionäre, Postenlungerer, Heeresmaterialschieber, von Halunken, bösen Politikern, roten Landräten, Polizeigeheulosempfängern, Gewerkschaftsschieberrn, Banditenhelfer usw.

Das ist die Tonart und das geistige Niveau der Leute, die Hindenburg gewählt haben und die nach Reinigung des öffentlichen Lebens und Ordnung im Innern rufen. Farbe und Lack — schmierig!

übergehenden Triumph feiert, und daß früher oder später wieder eine Beruhigung eintreten wird. Es ist aber an den deutschen Demokraten, ihre Pflicht zu erfüllen, das heißt, sich nicht nur mit Reden und Artikel zu begnügen, sondern Taten vorzubereiten. Schon seit Monaten stehen wir einer deutschen Nation gegenüber, die unsere Absichten zu ignorieren oder zu vergessen scheint. Es ist an der Zeit, daß diese Nation versteht, daß der politische Umschwung in Frankreich auch für Deutschland eine Verantwortung geschaffen hat, und daß, wenn Deutschland dieser Verantwortung ausweicht, es gegen seine eigenen Interessen arbeitet.

Schwierige Lage in Marokko.

Paris, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das seit einigen Tagen umlaufende Gerücht, das französische Oberkommando in Marokko habe die Absicht, bei der Verfolgung der Truppen Abd el Kerims die Grenze des spanischen Gebietes zu überschreiten, nimmt greifbare Gestalt an. Die diplomatischen Schwierigkeiten, die aus dieser Absicht erwachsen können, werden am Freitagabend eingehend von der „Information“ erörtert. Das Blatt schreibt: „Die Niederlage der Spanier verändert vollkommen die durch die internationalen Verträge geschaffene Lage in Marokko und macht es zur dauernden Sicherung der französischen Grenze notwendig, die französische Gegenoffensive gegen Abd el Kerim in das spanische Gebiet vorzutragen. Ob Spanien bereit ist, gemeinsam mit Frankreich den Krieg gegen die Rifleute zu führen, geht aus der Rede, die der spanische Diktator Primo de Rivera vor einigen Tagen in Sevilla gehalten hat, nicht hervor. Es ist Zeit, daß die französische Regierung sich erklärt, welche Haltung sie in dieser Frage einzunehmen gedenkt.“

Zwischenlösung in Belgien.

Brüssel, 8. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Vonderoelde ist am Freitagabend zur Sitzung des Exekutivkomitees der Arbeiter-Internationale nach Paris gereist. Das deutet nach Lage der Dinge darauf hin, daß eine Einigung zwischen Sozialisten und christlichen Demokraten noch nicht erzielt werden konnte. Der Ausweg aus der Sackgasse der Regierungskrise dürfte nunmehr in der Ernennung eines kurzlebigen Übergangskabinetts mit überwiegend katholischer Beteiligung gesucht werden.

Nach der Preußenschlacht.

Die Deutschnationalen für neue Krisen. — Die Volkspartei für „Volksgemeinschaft“.

„Es ist kein Zweifel: die Opposition hat gestern die Schlacht verloren“, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“. „Eine Zufallsmehrheit für die Regierung Braun“, sagt befäufigend die „Rationalpost“. Im übrigen ist die ganze deutschnationale Presse sich darin einig, daß weiter Kriese gespielt werden soll.

„Das Kabinett kann nicht ein Gesetz gegen die Opposition durchbringen.“ „Das Kabinett kann gegen die Opposition nicht einmal den Haushaltsplan verabschieden“, so hallt es aus den deutschnationalen Spalten wieder. Man richtet sich also auf einen Oppositionskampf ein, der nicht mehr sachlich bleibt, sondern mit allen Mitteln, auch mit denen der Obstruktion, auf den Sturz der Regierung hinarbeitet. Keinen Augenblick wird daran gedacht, daß die Parteien, die jetzt in Preußen die Regierung bilden, im Reich Gegenseitigkeit üben und, ohne die Anstrengung, deren sich die preußische Rechtsopposition befeißigt, die Regierung Luther-Schiele-Schlieben-Reuhaus einfach umblasen kann.

Nicht ganz so bedenklich, nicht ganz so draußengerisch ist die Volkspartei. Der Ton, den die „Zeit“ anschlägt, ist ein ganz anderer. Die Deutschnationalen sind sehr stolz darauf, daß sie gestern geschlossen gestimmt haben, und sie bemerken die Lücken in den Reihen der Volkspartei mißfällig. Ueber diese Lücken und die ganze Situation, die sich aus der gestrigen Abstimmung ergibt, schreibt die „Zeit“:

Die fehlenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei waren der Abg. Deijen, der wegen einer Familienangelegenheit entschuldigt fehlte, sowie die Abg. Becker-Magdeburg, von Egnern, Dr. Kriege und Schmidt-Düsseldorf. Das Fehlen dieser Abgeordneten hängt mit der gestern gegebenen politischen Situation zusammen. Die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft war nach den gestern geführten Verhandlungen bereits sehr weit gediehen. Es war bekannt, daß das Zentrum sich für eine solche Lösung einzusetzen bereit war, so daß Aussicht zu bestehen schien, diese Lösung trotz der gestern noch vorhandenen Schwierigkeiten und Gegensätze schließlich doch noch zu erreichen. Unter diesen Umständen glaubten sich die vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei zur Stimmhaltung für verpflichtet. Es bedarf keiner Betonung, daß es sich dabei nur um eine taktische Haltung handelt und daß die Fraktion vollkommen geschlossen auf ihrer bisherigen Haltung besteht, wonach eine Rückkehr zur Großen Koalition unmöglich ist und eine Regierungsbildung mit Einschluß der Deutschnationalen angestrebt werden muß. Die Politik der Fraktion geht nach der gestrigen Abstimmung darauf hinaus, das Kabinett der Großen Volksgemeinschaft doch noch zustande zu bringen. Es wird von der Haltung der anderen in Betracht kommenden Fraktionen abhängen, ob sich mit Hilfe einer solchen Lösung der preussischen Regierungskrise ein Ende bereiten läßt.

Was die Möglichkeit der sogenannten „Volksgemeinschaft“ angeht, so gibt sich die Volkspartei einem ganz unbegründeten Optimismus hin. Die Sozialdemokratie ist überhaupt noch nicht gefragt worden, wie sie zu diesem seltsamen Plan steht, die deutschnationale Fraktion aber hat ihn, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, nach ganz kurzer Beratung bei voller Befassung einstimmig abgelehnt. Die deutschnationale Presse erklärt mit dankenswerter Offenheit, daß ein Zusammenarbeiten mit Sozialdemokraten für ihre Partei grundsätzlich nicht in Frage kommt. Es bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung, daß sich die Sozialdemokratie von der deutschnationalen Partei in bezug auf Grundsatzfestigkeit nicht übertreffen läßt, und daß sie ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen zum mindesten mit derselben Entschiedenheit ablehnt, mit der das auch von der anderen Seite her geschieht.

Gegenüber den völksparteilich-völksgemeinschaftlichen Veröhnungschalmeien bestehen die Deutschnationalen auf weiterem Kampf. „Solange nicht die sozialdemokratische Machtstellung in Preußen gebrochen ist, sind alle Einigungsversuche von vornherein zum Scheitern verurteilt“, sagt der „Tag“. Das ist eine klare und deutliche Formel.

Die Frage ist jetzt, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein wird, den Weg zum Konflikt und zur Auflösung mit den Deutschnationalen gemeinsam zu beschreiten. Darüber scheint im deutschnationalen Lager einige Besorgnis zu herrschen. Schreibt doch beispielsweise die „Kreuzzeitung“:

Daß bei der geringen Mehrheit der Opposition der Sturz des Kabinetts einmal vermieden wird, ist an sich nichts Auffallendes; ein anderes Mal wird es um so sicherer fallen. Ganz anders liegt aber die Sache, wenn die Deutsche Volkspartei absichtlich den Sturz des Kabinetts verhindern wollte. Daß die Deutsche Volkspartei gleich dem Zentrum Neuwahlen nicht wünscht, haben die Fraktionsverhandlungen des gestrigen Tages gezeigt. Diese Parteien haben sich gestern auffallend genähert.

Die Volkspartei hat allerdings allen Grund, eine Auflösung zu vermeiden. Denn wenn sie ihre bisherige Haltung fortsetzen und es damit zur Auflösung treiben wollte, so würde sie es sehr schwer haben, den Wählern begreiflich zu machen, daß sie neben der deutschnationalen Partei noch ein eigenes Existenzrecht hat. Nichts wissen, heißt eben heute, deutschnational wählen — die Volkspartei könnte sehen, wo sie dabei stehe.

Wichtige Beratungen in Paris.

Sitzung des französischen Ministerrates.

Paris, 9. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Dem französischen Ministerrat, der heute zusammentritt, wird in politischen Kreisen besondere Bedeutung zugemessen. Auf seiner Tagesordnung stehen nicht nur die Fragen der Räumung von Köln und die Beratung der französischen Antwort auf das deutsche Garantieangebot, sondern auch das Problem der Finanzreform und die marokkanische Frage. Briand wird dem Ministerrat die Vorschläge zur Kenntnis bringen, die die englische Regierung in der Vorschafferkonferenz für die Räumung von Köln einzubringen beabsichtigt, und der Ministerrat wird die Anweisungen für den Vertreter Frankreichs in der Vorschafferkonferenz festzulegen haben. Weiterhin wird Briand den Entwurf seiner Antwort auf das deutsche Garantieangebot zur Erörterung stellen. Wie der „Matin“ wissen will, soll dieser Entwurf der Idee eines Garantiepakts keineswegs ungünstig gegenüberstehen, vorausgesetzt, daß dieser sich im Rahmen des Versailler Vertrages halte, daß er die Abmachungen, die Frankreich seit dem Kriege mit seinen Verbündeten beschlossen hat, in keiner Weise beeinträchtigt und daß er in die Kategorie der bereits in Genf vorgesehenen Sicherheitsverträge falle, die dazu bestimmt sind, mehrere Mitglieder des Bundes zur Sicherung des Friedens für ein bestimmtes Gebiet zu vereinen. Die französische Antwort betont ferner, daß, falls die Verhandlungen zu einer Einigung führen, der Vertrag erst in Kraft treten kann, wenn Deutschland dem Völkerbund als Mitglied angehört.

Französische Warnung an Deutschland.

Paris, 9. Mai. (E.P.) Die „Ere Nouvelle“ veröffentlicht heute einen längeren Artikel, in dem sie unter anderem erklärt: Deutschland wird sich diesmal nicht über unsere Strenge zu beklagen haben. Es hat selber dazu beigetragen, uns in unserer Reserve zu bestärken, und unser Mißtrauen zu erwecken. Die Wahl Hindenburgs, das Wiedererwachen des Nationalismus, die geheime Waffen- und Munitionsfabrikation, alles das sind Tatsachen, die auch für wenig voreingenommene Beurteiler sehr ernst anzusehen sind. Wir glauben gleichwohl nicht, daß man an Deutschland verzweifeln müsse. Wir sind der Ansicht, daß die Reaktion in Deutschland nur einen vor-





